

# Beschluss

Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten (Bürger\*innenbeteiligung)

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 20.03.2019

## Text

### 500 **Gemeinsam die Stadt von morgen gestalten**

501 Bürger\*innenbeteiligung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein zentrales Anliegen. Wo  
502 immer es geht und rechtlich möglich ist, verstehen wir darunter das Angebot an  
503 alle in unserer Stadt lebenden Menschen sowie Initiativen, Vereine und Verbände,  
504 sich aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einzubringen, unabhängig von  
505 Herkunft, Alter oder Wahlrecht. Deshalb ist es uns wichtig, auch nichtdeutsche  
506 Einwohner\*innen unserer Stadt sowie Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Ziel  
507 dabei ist es, **nachvollziehbare Entscheidungswege sowie eine offene**, transparente  
508 und faire Diskussionskultur in Politik, Verwaltung und dem alltäglichen  
509 Miteinander in unserer Stadt zu schaffen. Die Verankerung von  
510 Bürger\*innenbeteiligung im Zuständigkeitsbereich eines Dezernats begrüßen wir  
511 als wichtige Aufwertung dieses Themas. Nun gilt es, neue und geeignete  
512 Beteiligungsformen für verschiedene politische Entscheidungsprozesse zu  
513 entwickeln und dafür zu sorgen, dass alle Bürger\*innen die Entwicklung ihrer  
514 Stadt mitgestalten können. Uns geht es dabei um eine echte Mitwirkung, die die  
515 Bürger\*innen ernst nimmt, sie umfassend informiert und ihnen auch eigene  
516 Entscheidungsspielräume gibt.

517 Dies gilt ganz besonders bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Denn im  
518 Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürger\*innen ausgegeben wird.  
519 Unser Ziel ist es, den Haushalt verständlicher zu machen und die Bürger\*innen an  
520 den Entscheidungen über die Stadtfinanzen im Rahmen eines **Bürger\*innenhaushalts**  
521 zu beteiligen. Nachdem dieses Thema unter dem früheren Oberbürgermeister nur  
522 eine geringe Priorität hatte, begrüßen wir, dass die neue Stadtspitze es nun  
523 zügig umsetzen will. Um diesen Schritt konsequent zu gehen, müssen zunächst die  
524 einzelnen Haushaltsposten klar und verständlich aufbereitet und Informationen zu  
525 künftigen Vorhaben bereitgestellt werden. Denn ohne eine solide  
526 Informationsgrundlage ist die Beteiligung der Bürger\*innen am Haushaltsprozess  
527 nicht möglich. Darüber hinaus ist es besonders wichtig, dass sie konkrete  
528 Vorschläge und Projektideen einbringen können. Hierzu muss klar definiert  
529 werden, ob die Bürger\*innen auch an konkreten Haushaltsentscheidungen mitwirken  
530 können oder in beratender Funktion unterstützen. Nach der Verabschiedung eines  
531 Bürger\*innenhaushalts muss sichergestellt sein, dass die eingebrachten  
532 Vorschläge auch umgesetzt werden.

533 Dies gilt ganz besonders bei der Aufstellung des städtischen Haushalts. Denn im  
534 Haushalt wird entschieden, wofür das Geld der Bürger\*innen ausgegeben wird.  
535 Deshab begrüßen wir, dass die neue Stadtspitze den Startschuss für die  
536 Einrichtung eines **Bürger\*innenhaushalts** gegeben hat, um die Bürger\*innen an den  
537 Entscheidungen über die Stadtfinanzen im zu beteiligen. Wichtig für den Erfolg

538 des Bürger\*innenbudgets wird es sein, dass die eingebrachten Vorschläge auch  
539 zügig mit Unterstützung der Stadtverwaltung umgesetzt werden.

540 Als drängende Aufgabe sehen wir in den kommenden Jahren den **Ausbau der Kinder-**  
541 **und Jugendbeteiligung**. Wir wollen zügig die neuen Anforderungen des § 18a der  
542 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in Frankfurt (Oder) umsetzen und dabei  
543 Kinder, Jugendliche und ihre Wegbegleiter\*innen aus der Jugendarbeit dabei  
544 unterstützen, geeignete Formate zu entwickeln. Dabei dürfen die  
545 Beteiligungsformen keine Kopfgeburten sein, sondern müssen die Begeisterung der  
546 Kinder- und Jugendlichen dafür wecken, sich aktiv am politischen und  
547 gesellschaftlichen Geschehen in ihrer Stadt und ihrem Quartier zu beteiligen.  
548 Offene Jugendkonferenzen können ein guter Ausgangspunkt sein, um die Interessen  
549 und Wünsche von Kindern und Jugendlichen sowie passende Formate in Erfahrung zu  
550 bringen. Schüler\*innen- und Studierendenvertretung sowie Jugendklubs und  
551 Jugendabteilungen von Verbänden, Vereinen und Parteien können sich dabei aktiv  
552 einbringen. Ausgehend von diesen Ideenwerkstätten wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
553 Kinder und Jugendliche zudem besser an den für sie relevanten  
554 kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligen. Dies gilt ganz besonders bei  
555 Planungsvorhaben, die unmittelbar und mittelbar die Lebenswelt von Kindern und  
556 Jugendlichen betreffen und für sie deshalb auch direkt Ergebnisse ihrer  
557 Beteiligung sichtbar machen, wie z.B. die Gestaltung von Schulen oder  
558 Spielplätzen. Wir denken hier etwa an die Schaffung konkreter  
559 Ansprechpartner\*innen in der Verwaltung und Möglichkeiten eines auf Kinder und  
560 Jugendliche zugeschnittenen Ideen-, Beschwerde- und Widerspruchsystems.  
561 Weiterhin wollen wir die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass sich Kinder  
562 und Jugendliche kontinuierlich und über einzelne Projekte hinaus am politischen  
563 Geschehen der Stadt beteiligen können. Ob hierfür ein Jugendbeirat, ein Kinder-  
564 und Jugendparlament oder eine andere Beteiligungsform die beste Lösung ist, muss  
565 in einem gemeinsamen Prozess mit Kindern und Jugendlichen ermittelt werden. Ein  
566 wichtiges Kriterium für uns ist aber, dass sie bei Interesse ähnlich wie  
567 sachkundige Einwohner\*innen ein Mitspracherecht in den Ausschüssen haben. Eine  
568 ernsthafte Initiative zur Erweiterung der Kinder- und Jugendbeteiligung braucht  
569 auch ein selbst zu verantwortendes Budget, mit dem kleinere Projekte, Ideen oder  
570 Informationsflyer eigenständig umgesetzt werden können.

571 Stadtplanung und Stadtentwicklung gelangen an ihre Grenzen, wenn die  
572 Bürger\*innen nicht ausreichend daran beteiligt werden. Das gilt auch für die  
573 Zusammenarbeit mit Słubice. Fragen wie die eines gemeinsamen Nahverkehrs oder  
574 gemeinsamer Stadtentwicklung müssen in Zukunft noch stärker zusammen diskutiert  
575 und entschieden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Instrumente wie  
576 Bürger\*innenbefragungen, Planungswerkstätten oder städtebauliche Wettbewerbe für  
577 geeignet, um direkte Demokratie und die Akzeptanz von Entscheidungen zu fördern.  
578 Die Stadtverwaltung sollte diese Prozesse durch die Bereitstellung geeigneter  
579 Förderungen unterstützen.

580 **Eine lebendige und demokratische Kommunalpolitik** braucht frühzeitige Information  
581 der Bürger\*innen, Beteiligung bei Planungen, Befragungen und Versammlungen. Um  
582 dies im Verwaltungshandeln zu verankern, setzen wir uns für eine Satzung zur  
583 Bürger\*innenbeteiligung ein. Diese soll auch das Frage-, Auskunfts- und  
584 Rederecht der Frankfurter\*innen in der Stadtverordnetenversammlung und in den  
585 Ausschüssen stärken und die bessere Einbeziehung der Beiräte in die Stadtpolitik  
586 fördern.

587 Für bürger\*innennahe Lösungen von Problemen vor Ort sind **Ortsbeiräte und**

588 **Stadtteilkonferenzen** unverzichtbar. Damit dies gelingt, muss neben ihrer  
589 besseren Beteiligung an städtischen Entscheidungsprozessen auch eine  
590 ausreichende und verlässliche Finanzierung sichergestellt werden. Die bereits in  
591 Arbeit befindliche Richtlinie für die Auszahlung von Stadttealgeldern ist als  
592 Erfolg zu begrüßen. Um eine aktive Bürger\*innengesellschaft mit Leben zu füllen,  
593 müssen Bürger\*innen aber auch jenseits dieser institutionalisierten  
594 Beteiligungsformate dazu ermutigt werden, ihr direktes Lebensumfeldes  
595 mitzugestalten. Die Übernahme von Patenschaften für Grünflächen auf ungenutzten  
596 Flächen unter dem Motto „freiwillig gärtnern“, die Einrichtung von  
597 Nachbarschaftstreffs oder andere lokale Initiativen sind dafür gute Beispiele.  
598 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern dieses Engagement und setzen sich dafür ein, dass  
599 solche Projekte zur Belebung der Innenstadt sowie der Stadt- und Ortsteile noch  
600 stärker durch die Stadt unterstützt werden.

601 Auch Menschen ohne deutschen Pass, die in Frankfurt (Oder) leben, wollen wir  
602 stärker als bisher in Entscheidungsprozesse einbinden. Wo immer möglich, wollen  
603 wir daher nicht nur Bürger\*innenbeteiligung, sondern  
604 „Einwohner\*innenbeteiligung“ umsetzen.

605 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern schon seit langem die Nutzung von Open-Source-  
606 Lösungen und einen **Live-Stream aus der Stadtverordnetenversammlung**. Weil dieser  
607 noch auf sich warten lässt, haben wir selbst einen Live-Ticker aus der  
608 Stadtpolitik ins Leben gerufen, den über 500 Frankfurter\*innen verfolgen und den  
609 wir auch weiterhin fortführen wollen. Langfristig müssen solche Initiativen aber  
610 in einer Social Media Strategie der Stadtverwaltung verankert werden. Das  
611 Online-Informationssystem zur Stadtverordnetenversammlung (ALLRIS) wollen wir  
612 bürger\*innenfreundlicher ausgestalten.

613 In einem von uns mit erarbeiteten fraktionsübergreifenden Antrag haben wir uns  
614 klar für den Erhalt der Außenstelle der Bundesanstalt für Stasi-Unterlagen in  
615 Frankfurt (Oder) positioniert und werden uns dafür auch weiterhin auf kommunaler  
616 sowie Landes- und Bundesebene einsetzen.